Chronik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **65 (1990)**

Heft 10: **Heizung, Energie**

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nicht nur in Winterthur: Baugenossenschaften brauchen besseren Draht zur Politik

Wie sehr es auch im Wohnungsbau auf den Blickpunkt ankommt, führte Gemeinderat Haymo Empl an der Generalversammlung der Sektion Winterthur vor. Die Kommunalpolitiker sind oft mit Sachfragen konfrontiert, von deren vielen Facetten eine auch der Wohnungsbau ist. Das gilt für Planungsentscheide wie für die Verwendung von der Stadt nicht mehr benötigter Areale, für die Naherholungsgebiete wie für Budgetfragen. Allzu oft sei es in der Vergangenheit vorgekommen, dass Chancen für den Bau genossenschaftlicher Wohnungen von den Politikern wie auch der Verwaltung schlicht übersehen wurden. Und die Baugenossenschaften selbst? Sie haben von der ganzen Sache erst erfahren, als der Zug längst abgefahren war.
Die Baugenossenschaften müssten den Kontakt zur Politik wieder vermehrt pflegen, forderte Haymo Empl. Und zwar dort, wo sie gemacht wird, also im Parlament, den Kommissionen, Verwaltungsstellen und Medien. Früher habe es starke Parteibindungen der Baugenossenschaften gegeben. Jetzt fehlten diese meist, und zudem könne eine Partei allein immer weniger ausrichten. Die Genossenschaften sollten deshalb ihre Fühler zu verschiedenen politischen Gruppen ausstrecken und versuchen, eine Koalition um ihre Interessen zu scharen. In den Baugenossenschaften gebe es ein Sachwissen, das den Politikerinnen und Politikern abgehe. Wenn die Genossenschaften dieses in die Politik einbrächten, ermöglichten sie, dass das Gemeinwesen in ihrem Sinne handle.
Ab und zu seien die Politiker aber den Baugenossenschaften auch voraus, hielt sich Empl zugute. Er wies auf Vorstösse zur Abgabe renovationsbedürftiger städtischer Liegenschaften und von Baurechtsgrundstücken an Genossenschaften hin, die bei diesen anfänglich wenig Anklang fanden. Gemeinsam sei den Baugenossenschaften der Stadt, dass ihre Bau- und Vermietungstätigkeit im Schaufenster stehe und rascher die Kritik der Öffentlichkeit errege als jene anderer Bauträger.
Sektionspräsident Balz Fitze konnte immerhin ergänzen, dass die Stellung der Baugenossenschaften bei der Stadt Winterthur in der letzten Zeit gestärkt worden sei. Dies ist sicher in erster Linie auf die überaus aktive Bautätigkeit der Winterthurer Baugenossenschaften zurückzuführen, auf ihre vorausschauende Landpolitik und die enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Genossenschaften. Diese Merkmale der Tätigkeit in Winterthur hob SVW-Geschäftsführer Dr. Fritz Nigg in seiner Orientierung über aktuelle Wohnbaufragen rühmend hervor. Der Sektionsvorstand konnte denn auch den Mitgliedern einen durchwegs positiven Jahresbericht erstatten. So erstaunt nicht, dass es an der GV keine nennenswerten Diskussionen gab. Vielmehr benützten die zahlreich erschienenen Delegierten bald einmal die Gelegenheit zu einem munteren Gedankenaustausch bei Speis und Trank. fn. ■

Mehr Geld für gemeinnützige Wohnbauträger

Der Bund unterstützt und fördert im Rahmen des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG) die Träger und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus. 1990 gewährte der Bund 11 Mio. Franken an Bürgschaften und Darlehen. Als Dachorganisation von mehr als 600 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Bauträgern verwaltet der Schweizerische Verband für Wohnungswesen SVW zurzeit ein Bundesdarlehen für den Fonds de Roulement in der Höhe von 39 Mio. Franken. Aus dem Fonds werden den angeschlossenen Mitgliederorganisationen zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen zur Restfinanzierung ausgerichtet. Nicht zuletzt infolge der massiven Veränderungen auf dem Hypothekarmarkt sind die Gesuche um ein Darlehen aus dem Fonds de Roulement in letzter Zeit stark gestiegen. Schon im laufenden Jahr zeichnet sich ein Engpass ab: Ohne Erhöhung der Leistungen des Bundes können nicht mehr alle Gesuche angenommen werden.

Motion im Bundesparlament

Am 13. Juni 1990 reichte die FdP-Fraktion der Bundesversammlung eine Motion ein mit dem Titel «Förderung gemeinnütziger Bauträger». Sie lautet: «Der Bundesrat wird aufgefordert, mit dem Budget 1991 einen Sonderkredit für die Aufstokkung der Bundesdarlehen für die Fonds de Roulement zugunsten gemeinnütziger Bauträger im Betrage von 200 Mio. Franken zu gewähren. Die jährlich auszuschüttenden Beträge unter diesem Titel sind auf 25 Mio. Franken zu erhöhen.»
Zur Begründung der Motion wird unter anderem aufgeführt, dass die Situation auf dem Wohnungsmarkt zusätzlicher Impulse bedürfe, insbesondere für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Die bisherigen Leistungen reichten nicht aus, um Initiativen in genügendem Masse auszulösen. Es seien daher zusätzliche Bundesdarlehen bereitzustellen, um die Produktion preisgünstiger Wohnungen zu fördern.
Der SVW unterstützt die Motion und ruft seine Mitglieder auf, in geeigneter Weise deren Durchsetzung zu fördern.

fn/bu ■

Penetrat macht aus feuchten Kellern vielseitig nutzbare Räume – Lager, Archive oder sogar Standorte für EDV- Anlagen. Penetrat ist ein erprobtes Verdichtungsverfahren, mit dem altes Mauerwerk verfestigt wird. Die natürliche Diffusion der Mauern ist gewährleistet.

Fragen Sie den Penetrat-Spezialisten, was er aus Ihrem Untergeschoss machen kann.

bauplus

Diener AG Bauunternehmung
Asylstrasse 77, 8030 Zürich
Telefon 01 252 55 34

DIENER

Wir halten dicht. **Der bauplus-Spezialist**